

Jan Gerber

Das letzte Gefecht
Die Linke im Kalten Krieg

Erweiterte Neuauflage

XS-Verlag

Erweiterte Neuauflage 2022

© XS-Verlag, Berlin 2022

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das des öffentlichen Vortrags, der Übertragung durch Rundfunk und Fernsehen sowie der Übersetzung, auch einzelner Teile. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert, verarbeitet oder verbreitet werden.

Satz: Silberstein Produktion
Umschlagentwurf: Jenny Dam
Druck: CPI
Printed in Germany

ISBN 978-3-944503-18-9

Für Joachim Bruhn
(1955–2019)

Inhalt

Prolog

Jenseits von Raum und Zeit: Die Linke nach dem Kalten Krieg	11
--	----

Kapitel I

Revolution: An der Seite der Sowjetunion	
Die Oktoberrevolution	21
Die eingefrorene Chance	26
Enttäuschte Hoffnungen	35

Kapitel II

Antifaschismus: An der Seite des Fortschritts	
Der rote Faden der Geschichte	41
Deutsche Besonderheiten	47
Der Zukunft zugewandt	53

Kapitel III

Antiimperialismus: An der Seite der Völker	
Antikoloniale Kämpfe	63
Die Rückkehr der Sowjetunion	77
Das Ende der Dritten Welt	88

Epilog

»Nie wieder Deutschland«: Das allerletzte Gefecht	97
--	----

Anhang

Nach Weltuntergang. Auschwitz, die Linke und das Ende der Geschichte	117
Alle Jahre wieder. Von der Theorie zur Praxis	135
Deutschlandsuche. Zum linken Internationalismus	147
Fließende Grenzen. Von der Stadtguerilla zum Dschihad	159
»Leben in der Zeitschleife«. Ein Interview	177
Kritik als Leidenschaft. Ein Nachruf auf Joachim Bruhn	187
Nachwort zur Neuauflage	205
Register	215

Prolog

Jenseits von Raum und Zeit: Die Linke nach dem Kalten Krieg

Die Brandsätze detonierten im Westflügel des Reichstags. Als Wachleute den Saal betraten, in dem die Höllenmaschinen deponiert worden waren, schlugen ihnen bereits Flammen entgegen. Das Feuer hatte auf zwei Schautafeln einer Ausstellung zur deutschen Geschichte übergegriffen, die sich seit zwanzig Jahren in diesem Teil des Gebäudes befand. Der Reichstag drohte in Flammen aufzugehen. Es war der 11. Juni 1991, die Brandstifter waren Mitglieder der Revolutionären Zellen (RZ), des undogmatischen Konkurrenzunternehmens der RAF.

Mit dem Anschlag wollte die Gruppe, wie im Bekenner-schreiben erklärt wurde, wenige Tage vor der Entscheidung des Bundestags über den Regierungssitz des gerade wiedervereinigten Deutschlands – Bonn oder Berlin – »Entscheidungshilfe« leisten und verhindern, dass die einstige Viermächtestadt eine »Bonzen-metropole« wird.¹ Anders als von den RZ erhofft, griff das Feuer jedoch nicht auf das Gebäude über. Da der Brand schnell entdeckt wurde, konnten rechtzeitig Löschmaßnahmen ergriffen werden.

Schon vier Monate zuvor, im Februar 1991, hatten Mitglieder der Revolutionären Zellen versucht, die acht Meter hohe Bronze-figur von der Aussichtsplattform der Berliner Siegestsäule zu sprengen. Mit dieser Aktion wollte die Gruppe nach eigenen Angaben

1 RZ: Anschlag im Berliner Reichstag, Berlin [1991], in: Die Früchte des Zorns. Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora. Bd. 2, 2. Aufl., Berlin 1993, 655 f.

gegen den Zweiten Golfkrieg, gegen Nationalismus und gegen »Männergewalt« protestieren.² Aber auch dieser Anschlag misslang. Nur eine der beiden Bomben, die von den Attentätern am Sockel der vergoldeten Siegesgöttin, der »Goldelse«, wie die Berliner spöttisch sagen, befestigt worden war, zündete. Die Explosion verursachte lediglich kleine Risse im Rockbereich der Figur.

Sowohl die Brandsätze im Reichstag als auch die Bomben an der Siegessäule waren Teil des Versuchs, auf die erdrutschartigen Ereignisse seit 1989 zu reagieren. Die spätestens mit der Berlin-Blockade 1948/49 etablierte Weltordnung des Kalten Kriegs, die vierzig Jahre Gültigkeit besessen hatte, war innerhalb weniger Monate zusammengebrochen. Begonnen hatte es in Polen: Die regierenden Kommunisten sahen sich im April 1989 dazu gezwungen, die 1982 verbotene Gewerkschaft Solidarność wieder zuzulassen. Aus den Parlamentswahlen im Juni ging sie bereits als stärkste Kraft hervor; der Solidarność-Kandidat Tadeusz Mazowiecki wurde Premierminister. Etwa zur selben Zeit beschloss die Regierung des Bruderlandes Ungarn, die Befestigungen an der Grenze nach Österreich abzubauen. Aus der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) flohen Zehntausende via Balaton-Urlaub in den Westen.

Nach der Öffnung der deutsch-deutschen Grenze im November 1989 ging es schließlich Schlag auf Schlag: Die Parole »Wir sind das Volk«, mit der die Leipziger Montagsdemonstranten zunächst auf die Straße gegangen waren, wurde innerhalb kürzester Zeit durch die Losung »Deutschland einig Vaterland« ersetzt, ein Zitat aus der Nationalhymne der DDR, die aufgrund dieser Verszeile seit Anfang der Siebziger nur noch ohne Text gespielt worden war.

2 RZ: Aktion gegen die Siegessäule, Berlin [1991], in: Die Früchte des Zorns, 656f.

Schon Ende November 1989 präsentierte Bundeskanzler Helmut Kohl sein Zehn-Punkte-Programm zur Neuregelung der deutschen und der europäischen Einheit. Doch auch die darin enthaltene Idee einer Konföderation zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR erwies sich bald als überholt. Am 1. Juli 1990 trat die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik in Kraft; am 31. August wurde der Einigungsvertrag geschlossen. Mit der Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrags im September 1990 in Moskau verzichteten die Hauptalliierten des Zweiten Weltkriegs schließlich auf ihr Vorbehaltsrecht gegenüber den beiden Nachfolgestaaten des »Dritten Reichs«. Die Nachkriegsordnung, die ihr zentrales Symbol in der Teilung Deutschlands gefunden hatte, war an ihr Ende gekommen.

Mit Ausnahme Kubas, Nordkoreas, Vietnams und Chinas existierte zudem bald darauf kein Staat mehr, der sich auf das realsozialistische Modell berief. Selbst in Nicaragua, wo das Regime aufgrund der Beseitigung der Somoza-Diktatur und des blutigen Vorgehens der aus Washington finanzierten Contras über einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung verfügt hatte, wurden die Sandinisten um Daniel Ortega im Februar 1990 zugunsten der bürgerlichen Kräfte um Violeta Chamorro abgewählt.

Zwar spielte die Berliner Gruppe der Revolutionären Zellen in ihren beiden Bekennerstreifen von 1991 auf all diese Ereignisse an. Allein durch die Auswahl ihrer Ziele, der Siegestsäule und des Reichstagsgebäudes, brachte sie jedoch ihre Unfähigkeit zum Ausdruck, die neue welt- und deutschlandpolitische Situation zu fassen. Gerade mit den Anschlägen, mit denen die Gruppe auf die Ereignisse seit dem Frühjahr 1989 zu reagieren versuchte, signalisierte sie – wie eine andere Revolutionäre Zelle, die sich kurz darauf konsequenterweise auflöste, durchaus richtig erklärte –, dass sie sich inzwischen »völlig außerhalb von Zeit und Raum«

bewegte.³ Die Siegestsäule war 1873 eingeweiht worden, um an die deutschen Einigungskriege gegen Dänemark, Österreich und Frankreich zu erinnern; das deutsche Kaiserreich, dessen Militarismus von ihr symbolisiert wird, war bereits 1918, am Ende des Ersten Weltkriegs, untergegangen. Der letzte Brandanschlag auf den Reichstag war hingegen im Februar 1933, am Beginn einer neuen Epoche, verübt worden. Auch wenn sich die Historiker immer noch darüber streiten, ob das Gebäude tatsächlich von den Nazis in Flammen gesetzt wurde, wie der spätere Komintern-Vorsitzende Georgi Dimitroff in seiner berühmten Verteidigungsrede vor dem Leipziger Reichsgericht im Dezember 1933 behauptete, symbolisiert der brennende Reichstag doch eher die vollkommene Niederlage der Linken als ein Aufbegehren gegen den deutschen Nationalismus oder Militarismus – geschweige denn gegen eine »Bonzenmetropole«. Bereits am 28. Februar 1933, dem Tag nach der Brandstiftung, erließ der greise Reichspräsident Paul von Hindenburg mit der »Verordnung zum Schutz von Volk und Staat« die heimliche »Verfassungsurkunde« (Ernst Fraenkel) des nationalsozialistischen Deutschlands. Die Weimarer Reichsverfassung wurde damit endgültig außer Kraft gesetzt, hunderttausende Nazigeegner wurden verhaftet.

Auch wenn die Revolutionären Zellen seit ihrer Gründung 1973 stets ein anerkannter Teil der außerparlamentarischen Bewegung waren, hatten sie seit den frühen Achtzigern regelmäßig Distanz zum linken Mainstream gesucht.⁴ Schon 1983 hatten sie vehemente Kritik am Antiamerikanismus und am Nationalismus

3 RZ: »This is not a love song!« [1991], in: Die Früchte des Zorns. Bd. 2, 659.

4 Zu den zahlreichen Ausnahmen, die es gab, und zur Avantgarderolle, die zeitweise aus dieser Distanz entstand, vgl. Jan Gerber: Sie waren die Guten. Waren die Revolutionären Zellen die bessere RAF?, in: Bahamas 54/2008.

der außerparlamentarischen Linken und der Friedensbewegung geübt.⁵ Mit ihrem Anschlag auf die Siegestsäule, den Brandsätzen im Reichstagsgebäude und der kurz darauf erfolgten Auflösung einer ihrer Zellen wurde die Gruppe jedoch für kurze Zeit repräsentativ für die Linke: Ebenso wie die restliche Protestbewegung reagierten die RZ auf den Fall der Mauer, die deutsche Wiedervereinigung und den Untergang des Ostblocks mit einer Mischung aus vollkommener Konfusion und weitgehendem Rückzug.

Der bereits seit Ende der Siebziger zu beobachtende Niedergang der Linken wurde mit der Öffnung der deutsch-deutschen Grenze in außergewöhnlicher Weise beschleunigt. Innerhalb weniger Monate war auch im außerparlamentarischen Lager der Bundesrepublik und Westberlins kaum noch etwas wie zuvor. Die vom Verfassungsschutz beobachteten »linksextremistischen« Organisationen sollen bereits 1989 mehr als doppelt so viele Mitglieder wie in den Jahren zwischen dem großen Einbruch des »Deutschen Herbstes« 1977 und 1988 insgesamt verloren haben; die Gesamtauflage ihrer Publikationen sank von etwa 38 Millionen 1988 auf rund vier Millionen 1993.⁶ Allein die Deutsche Kommunistische Partei (DKP), die einflussreichste und mitgliederstärkste Organisation links von SPD und Grünen, verlor 1989 rund 13.000 ihrer 35.000 Kader. 1990 gaben weitere 11.000 Mitglieder ihre Parteibücher zurück.

5 RZ: Beethoven gegen MacDonald [1983], in: Die Früchte des Zorns. Bd. 2; dies.: Krieg – Krise – Friedensbewegung [1983], in: ebd.

6 Diese und die folgenden Zahlen sind den Verfassungsschutzberichten des Bundes (Bonn 1977–1994) entnommen und dementsprechend mit Vor-sicht zu genießen. Sie können dennoch einen ersten empirischen Eindruck vom Ausmaß der damaligen Krise verschaffen. Der enorme Einbruch bei den Publikationen war nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, dass die Tageszeitung *Unsere Zeit* (UZ), das Zentralorgan der DKP, eingestellt wurde und bald nur noch im Wochen- bzw. Zweiwochenrhythmus erschien.

Andere Zusammenschlüsse lösten sich ganz auf: Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins (SEW), Bruderorganisation der DKP und der DDR-Staatspartei SED, benannte sich im April 1990 zunächst in Sozialistische Initiative um; im Mai 1991 beschloss sie ihre Auflösung. Der marxistisch-leninistische Kommunistische Bund (KB), dem es bis dahin immer wieder gelungen war, neue Themen in seine Politik aufzunehmen und sie mit älteren Theoriebausteinen zu verbinden, gab im April 1991 sein organisatorisches Scheitern bekannt.

Auch undogmatische Zusammenschlüsse blieben nicht von der »Krise der Linken« verschont, über die seinerzeit intensiv diskutiert wurde. Thomas Ebermann, lange Zeit Repräsentant des linken Flügels der Grünen und 1987/88 Sprecher ihrer Bundestagsfraktion, stellte Anfang der Neunziger resigniert fest, dass sich die systemkritische Linke erstmals »außerhalb des Disputs« befände.⁷ Bis weit ins sozialdemokratische Lager hinein waren Orientierungsschwierigkeiten zu beobachten. Die damals noch strikt konservative *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ), der ein konstitutiver Gegner abhanden zu kommen drohte, stellte ihre Seiten über Wochen hinweg für eine Diskussion zur Verfügung, bei der Linke, Liberale und Konservative über die doppeldeutige Frage »What's left?« stritten; der SPD-Rechtsaußen Peter Glotz lamentierte in seiner gleichnamigen Schrift von 1992 über die Probleme der »Linke[n] nach dem Sieg des Westens«.⁸ Diverse linke Verlage veröffentlichten Bücher, die schon mit ihrem Titel die linke Verunsicherung nach dem Ende des Kalten Kriegs signalisierten: »Was ist heute links?«, »What's left?«, »Linke, was nun?«⁹

7 Thomas Ebermann u. a.: »Sie wollen uns auslöschen«. Konkret-Gespräch mit den Gefangenen aus der RAF Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts und Lutz Tauffer, in: Konkret 6/1992.

8 Peter Glotz: Die Linke nach dem Sieg des Westens, Stuttgart 1992.

9 Horst Dietzel, Konrad Irmschler (Hgg.): Was ist heute links? Ein Diskussionsangebot, Berlin 1991; Norberto Bobbio u. a.: What's left? Prognosen